

Initiative für die Änderung des Arbeitszeitgesetzes! Gesetzliche Begrenzung der Arbeitswoche auf (zunächst) 40 Stunden!

Die *40-Stundenwoche* wird von den Beschäftigten in Deutschland allgemein als *Richtschnur für den maximalen Umfang einer Vollzeitbeschäftigung* angesehen.

Dabei verhält es sich bei näherem Hinsehen in der Realität des Arbeitsalltags – und in der gesetzlichen Regelung – ganz anders.

1. Seit seiner Durchsetzung in der Novemberrevolution von 1918(!) ist der achtstündige Arbeitstag an sechs Werktagen, also 48 Stunden, das gesetzlich erlaubte Maximum der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit.

Zwischen dieser altherwürdigen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der 40-Stundenwoche, die ab Mitte der 60er Jahre nach und nach für die meisten Branchen hierzulande tariflich erstrittenen worden ist, klafft mittlerweile eine Lücke, die im stark angewachsenen Bereich tariflich unregelter Arbeit bereits seit längerem zu einer teilweise erheblichen Ausdehnung der Arbeitszeit genutzt wurde – mitunter sogar über die gesetzliche Schranke hinaus. Aber auch bei tariflich geregelter Arbeit haben diverse Flexibilisierungen der Arbeitszeit, einhergehend mit einer Vermehrung von Teilzeit- und Minijobs, die Grenze der 40-Stundenwoche längst durchlöchert. Der nächste Konjunkturreinbruch wird diesem Trend gleichzeitiger Vermehrung von Über- wie Unterbeschäftigung enormen Schub verleihen – sofern ihm nicht politisch energisch entgegengetreten wird.

2. Laut EU-Studien liegt die tatsächlich vereinbarte Wochenarbeitszeit in Deutschland im Schnitt bei 37,7 Stunden. Nach einer Erhebung von Eurostat lag die tatsächlich absolvierte Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland 2013 bei durchschnittlich 41,7 Stunden.

„Nach einer im Frühjahr 2014 vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgestellten Umfrage unter 5800 Beschäftigten leistet ein Sechstel der Arbeitnehmer regelmäßig unbezahlte Überstunden, um mit dem stetig steigenden Arbeitspensum überhaupt noch fertig zu werden. Oft setzten sich die Beschäftigten dabei selbst unter Druck.

Für fast zwei Drittel (61%) erhöhte sich die Arbeitsintensität in den vergangenen zwölf Monaten nach eigener Einschätzung erneut. 56% der Befragten gaben an, sie fühlten sich oft gehetzt. Von denjenigen, die regelmäßig unbezahlte Überstunden leisten, gaben 44% an, dass der Arbeitgeber von ihnen ständige Erreichbarkeit erwartet. Und nur 45% der Befragten gehen davon aus, diese Belastung bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten zu können.“
Quelle: Handelsblatt 26.09.2014

Es geht offensichtlich Beschäftigten in fast allen Branchen so – deshalb:

3. Anders als nur *begrenzte, tarifliche* Regelungen der Arbeitszeit berührt deren allgemeine, *gesetzliche* Beschränkung für alle Beschäftigten das gemeinsame Maß, an dem ihre Arbeitsentgelte pro Stunde, Woche, Monat usw. letztlich sich ausrichten. Entgegen dem äußeren Anschein ist nämlich die *normale* Dauer der täglichen, wöchentlichen bzw. monatlichen Arbeitszeit die unabhängige Variable, von der auch das dafür zu zahlende Entgelt letztlich abhängt.

Und wenn die Zeit, die eine Vollzeitarbeitskraft im Normalfall in der Woche arbeitet, 48 statt 40 Stunden beträgt, muss man für das halbe Entgelt einer Vollzeitstelle statt 20 Stunden dann 24 Stunden in der Woche arbeiten. Eine *gesetzliche* Sicherstellung der 40-

Stundenwoche wahrt daher die Interessen *aller* Beschäftigten, unabhängig davon ob sie Vollzeit oder weniger arbeiten.

4. Die momentane Stärke des Kapitals in Deutschland beruht größtenteils auf seiner enormen Produktivität, mit welcher es vor allem die Kapitale der südlichen Euroländer, mittlerweile aber auch z.B. dasjenige Frankreichs niederkonkurriert und dort massenhafte Arbeitslosigkeit produziert. Produktives Kapital ist profitables Kapital: Kapital, das viel Arbeit bei geringen Arbeitskosten mobilisiert (Stichwort: Lohnstückkosten). Unsere wirksamste politische und gewerkschaftliche Solidarität mit den abhängig Beschäftigten im übrigen Europa wäre, der Profitproduktion in Deutschland - also der Mobilisierung deutscher Arbeit fürs deutsche Kapital - endlich einmal wieder eine wirksame Schranke zu setzen!

5. Auch in gewerkschaftlichen Debatten spielt die Frage der Arbeitszeit neuerdings wieder eine größere Rolle. Diese Debatten leiden jedoch unter dem Mangel, dass sie den *qualitativen Unterschied* zwischen *tariflichen* Arbeitszeitregelungen und einer *gesetzlichen* Beschränkung der Arbeitszeit kaum reflektieren. Nur *Letztere* bezieht wirklich die *Gesamtheit* der abhängig Beschäftigten ein. Dies deshalb, weil sie sowohl die Organisationsgrenzen der Einzelgewerkschaften überschreitet, als auch die Beschäftigten dort erfasst, wo jeglicher gewerkschaftlicher Einfluss kaum oder gar nicht wirkt.

6. Es ist klar, dass eine Initiative für die Änderung des Arbeitszeitgesetzes in Deutschland eine *politische* Intervention an vielen Stellen der Gesellschaft erfordert. Als engagierte *Gewerkschafter/innen* wäre es nicht nur unsere Aufgabe, die Debatte über dieses Thema unter unseren Kollegen/innen am Arbeitsplatz anzustoßen. Auch im Rahmen unserer Arbeitskämpfe und Tarifauseinandersetzungen müsste diese Forderung fokussiert werden. Und sie müsste in die Debatten anderer Einzelgewerkschaften hineingetragen werden.

Um den gesellschaftlichen Druck zu erhöhen, führt kein Weg daran vorbei, diese Debatte auch in *politische Parteien* hineinzutragen. Im Bundestagswahlprogramm 2013 der Partei DIE LINKE hat diese Initiative bereits ihren Niederschlag gefunden. Dort ist formuliert:

„Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf höchstens 40 Stunden gesenkt wird. Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert werden, Überstunden effektiv begrenzt werden und es müssen stärkere *Kontrollen*, insbesondere solche *durch unabhängige Arbeitnehmervertretungen*, gesetzlich vorgeschrieben werden.“

Anders als die Forderung einer sanktionsfreien Mindestsicherung gegen Armut, mit deren Verwirklichung Hartz IV die Zähne gezogen würden, was auf einen kleinen politischen Umsturz hinauslief, verlangt die Forderung einer gesetzlichen 40-Stundenwoche nur die Festschreibung dessen, was (noch!) *im allgemeinen Bewusstsein* hier und jetzt der praktizierte *Normalfall* ist. Sie ist wesentlich defensiv und daher vielleicht durchaus geeignet, beträchtliche Teile insbesondere der SPD, aber auch des Arbeitnehmerflügels der CDU in Zugzwang zu bringen und so diese Parteien unter Druck zu setzen.

Die gesetzliche Sicherung der 40-Stundenwoche als maximale Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung, die dann das Maß auch für alle geringer Beschäftigten vorgabe und sicherte, wäre allemal wichtig genug, diese Gelegenheit zu ergreifen.

Eine Initiative von Einzelmitgliedern der GEW-Kassel und von ver.di-Hamburg.

Unterstützt von: Proletarische Plattform: www.proletarische-plattform.org

Kontakt: info@proletarische-plattform.org